

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
11. HuFA 2014-2020
Sitzungsdatum:
18.02.2016**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 18.02.2016

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2015
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.06.2015 aus öffentlicher Sitzung
3. Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 11. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
4. Straßenbenennung Bebauungsplan Nr. 114, Beyelsfeld
5. Klage der Städteregion gegen Atomkraftwerk Tihange
6. Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B
 - 6.1 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vom 08.12.2015
 - 6.2 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vom 09.12.2015
 - 6.3 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vom 22.12.2015
 - 6.4 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vom 10.02.2016
7. Anregung nach § 24 GO NRW der Republikaner NRW betr. Verbot von Burka und Nikab in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen vom 21.01.2016
8. Erweiterungen zur Tagesordnung

9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

10. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.06.2015 aus nichtöffentlicher Sitzung
11. Kapitalerhöhung der NEW Tönisvorst GmbH (mittelbare Beteiligung über die Kreiswerke Heinsberg GmbH)
12. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 12.1 Verschmelzung der NEW Schwalm-Nette GmbH auf die NEW Viersen GmbH (mittelbare Beteiligung über die Kreiswerke Heinsberg GmbH)
13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 13.1 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B
hier: Antragsteller

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

| | | |
|---------------------------------------|-----------------|--|
| Herr Tim Böven | SPD | |
| Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt | | CDU |
| Herr Fred Fröschen | CDU | |
| Herr Peter Fröschen | CDU | |
| Herr Gerhard Gudduschat | CDU | |
| Herr Walter Junker | CDU | |
| Herr René Langa | CDU | |
| Herr Herbert Mlaker | FDP-USPD | als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten W. Gudduschat |
| Herr Hans-Georg Overländer | SPD | |
| Herr Rainer Reißmayer | B'90/Die Grünen | |
| Herr Wolfgang Schneider | SPD | |
| Herr Oliver Walther | CDU | abwesend während TOP 10 bis 13 |
| Frau Corinna Weinhold | UWG | |
| Herr Heiner Weißborn | SPD | |

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtamtsrat Herbert Söhnen

Schritfführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Seitens der Verwaltung wurde ausgeführt, dass aus ihrer Sicht die vorliegende Anregung unter Tagesordnungspunkt 7 unzulässig sei, weil es im vorliegenden Fall nicht um ein Sachanliegen gehe, sondern um eine rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme öffentlicher Stellen, um der Partei Publizität zu verschaffen. Diese Ansicht stehe auch im Einklang mit der Meinung des Städte- und Gemeindebundes.

Seitens der CDU-Fraktion wurde beantragt, den Tagesordnungspunkt 7 aufgrund der Unzulässigkeit der Anregung von der Tagesordnung abzusetzen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 7 „Anregung nach § 24 GO NRW der Republikaner NRW betr. Verbot von Burka und Nikab in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen vom 21.01.2016“ wird aufgrund der Unzulässigkeit der Anregung von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Jungnitsch verwies auf die beabsichtigte Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 12.1 „Verschmelzung der NEW Schwalm-Nette GmbH auf die NEW Viersen GmbH (mittelbare Beteiligung über die Kreiswerke Heinsberg GmbH)“ und ließ hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um den Punkt 12.1 „Verschmelzung der NEW Schwalm-Nette GmbH auf die NEW Viersen GmbH (mittelbare Beteiligung über die Kreiswerke Heinsberg GmbH)“ erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an dieser Abstimmung, da er aufgrund § 40 Absatz 2 Satz 4 GO kein Stimmrecht besitzt.

Die UWG-Fraktion erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2015**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.12.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.06.2015 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.06.2015 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 11. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte dass er gegen die Beschlussempfehlungen zu 1 und 2 stimmen werde, da er die Entscheidung insbesondere aufgrund des Wegfalls der dortigen Parkplätze als schädlich für das Kerngebiet von Übach einstuft. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass er diese Erklärung als Stadtverordneter und nicht für die gesamte SPD-Fraktion abgebe.

Seitens der Koalition aus CDU und FDP-USPD wurde erklärt, dass sie der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen werde, da sie das geplante Projekt für gut und durchdacht halte. Sie sei zuversichtlich, dass es für die wegfallenden Parkplätze eine adäquate Lösung geben werde.

Beschlussempfehlung:

1. **Der Bebauungsplan Nr. 75 – Rathausplatz – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert.**

Umfang der Änderungen:

Ausweisung eines Kerngebietes (MK)

Ausweisung einer Baufläche zur Errichtung eines Boardinghouses/ Appartementhauses

Festsetzung der erforderlichen Art und des Maßes der baulichen Nutzung

2. **Der Änderungsentwurf wird beschlossen (der Änderungsentwurf ist Be-**

standteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

3 Nein-Stimmen
12 Ja-Stimmen

zu 2:

3 Nein-Stimmen
12 Ja-Stimmen

zu 3:

Einstimmig

4. Straßenbenennung Bebauungsplan Nr. 114, Beyelsfeld

Die CDU-Fraktion beantragte folgende Änderungen zur vorliegenden Beschlussempfehlung:

- Der Straßenname „Am Streiffelder Weg“ entfällt. Auf dem betreffenden Straßenstück soll die Adolfstraße fortgesetzt werden.
- Der Name „Am Limes Wall“ soll gegen „Am Wall“ ausgetauscht werden.

Die UWG-Fraktion erklärte, sie werde sich der Stimme enthalten, da sie sich insgesamt einfachere Straßennamen gewünscht hätte.

Da sich kein Widerspruch gegen die seitens der CDU-Fraktion vorgebrachten Änderungsvorschläge erhob, ließ **Bürgermeister Jungnitsch** über die vorliegende Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung der eingebrachten Änderungsvorschläge abstimmen.

Beschluss:

Die Erschließungsstraßen im Bebauungsplan BP 114 Beyelsfeld erhalten folgende Bezeichnungen:

- **Am Wall**
- **Römerpforte**
- **Arminiusweg**
- **An der Via Belgica**

- **Agrippastraße**
- **Zum Herbacher Wald**
- **Floßer Pfad**
- **Beyelsfeld**
- **Adolfstraße (Fortführung)**

Die jeweiligen Standorte können aus der beigefügten Straßenübersicht entnommen werden (die aktualisierte Straßenübersicht ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

5. Klage der Städteregion gegen Atomkraftwerk Tihange

Die SPD-Fraktion regte an, dass ein Mitarbeiter der Verwaltung das gesamte Verfahren beobachten und den Rat regelmäßig über den Sachstand unterrichten sollte.

Bürgermeister Jungnitsch begrüßte die Anregung und ließ über die vorliegende Beschlussempfehlung ergänzt um die vorgebrachte Anregung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Übach-Palenberg begrüßt ausdrücklich das Vorhaben der Städteregion Aachen, gegen das Atomkraftwerk Tihange gerichtlich vorzugehen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und in welchem Rahmen die Stadt die gerichtlichen Verfahren in Belgien unterstützen bzw. diesen ggf. beitreten kann.

Die Verwaltung wird durch einen Mitarbeiter die gerichtlichen Verfahren der Städteregion Aachen beobachten und den Rat regelmäßig über den Sachstand unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B

Die Verwaltung führte aus, dass die Anregungen auch unter Berücksichtigung der spezialgesetzlichen Regelung gem. § 80 Abs.3 GO NRW grundsätzlich zulässig seien.

Von einer inhaltlichen Behandlung sollte jedoch abgesehen werden, da das Verfahren zum Erlass der Haushaltssatzung abgeschlossen und insoweit eine neue

Entscheidung betr. Hebesätze zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei.

Die SPD-Fraktion vertrat hingegen die Auffassung, dass man sich mit den Anregungen beschäftigen könnte und sollte.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen trat der Auffassung der SPD-Fraktion im Wesentlichen bei.

Die CDU-Fraktion beantragte vor dem Hintergrund der Ausführungen der Verwaltung, inhaltlich nicht auf die Anregungen einzugehen.

6.1 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vom 08.12.2015

Beschluss:

Vor dem Hintergrund der Ausführungen der Verwaltung wird inhaltlich nicht auf die Anregung eingegangen.

Abstimmungsergebnis:

**5 Nein-Stimmen
10 Ja-Stimmen**

6.2 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vom 09.12.2015

Beschluss:

Vor dem Hintergrund der Ausführungen der Verwaltung wird inhaltlich nicht auf die Anregung eingegangen.

Abstimmungsergebnis:

**5 Nein-Stimmen
10 Ja Stimmen**

6.3 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vom 22.12.2015

Beschluss:

Vor dem Hintergrund der Ausführungen der Verwaltung wird inhaltlich nicht auf die Anregung eingegangen.

Abstimmungsergebnis:

5 Nein-Stimmen

10 Ja-Stimmen

6.4 Anregungen nach § 24 GO NRW betr. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vom 10.02.2016

Beschluss:

Vor dem Hintergrund der Ausführungen der Verwaltung wird inhaltlich nicht auf die Anregung eingegangen.

Abstimmungsergebnis:

**5 Nein-Stimmen
10 Ja-Stimmen**

7. Anregung nach § 24 GO NRW der Republikaner NRW betr. Verbot von Burka und Nikab in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen vom 21.01.2016

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

8. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Anfragen

Anfragen der UWG-Fraktion:

Die UWG-Fraktion bezog sich auf die Wasserkonzession.

Auf die Frage, warum die Frist für die Interessenbekundungen um 3 Monate verlängert wurde, wurde seitens der Verwaltung erklärt, dass die Verlängerung der Frist der Wahrung eines diskriminierungsfreien und transparenten Verfahrens diene.

Auf die Frage wie der Ablauf des Vergabeverfahrens unter Berücksichtigung der zeitlichen Enge zum Auslaufen des bestehenden Konzessionsvertrages geplant ist, wurde seitens der Verwaltung erklärt, dass man grundsätzlich von einem rechtzeitigen Abschluss des Verfahrens ausgehe, alternativ aber über den bestehenden Konzessionsvertrag auch eine Wasserversorgung durch die enwor über

den 30.06.2016 sichergestellt sei, sollte sich der Abschluss des laufenden Kon-
zessionsverfahrens verzögern.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 17.38 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 17.43
Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin